

# Textilarbeiter-Zeitung

Die „Textilarbeiter-Zeitung“ erscheint jeden Samstag. Verbandsmitglieder erhalten die Zeitung unentgeltlich. Bestellungen durch die Post für das Vierteljahr 3 Mark.

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands.

Verlag: E. M. Schiffe, Düsseldorf, Konfektionsstraße 7.  
Druck und Versand Joh. van Nieuw, Esfeld, Luth. Kirchstraße Nr. 63-65.  
Jahresabn.: 40/2.

Charakteristik: Düsseldorf, Konfektionsstraße Nr. 7. Nummer Nr. 4923.

## Sie wissen nicht, was Sie tun!

Während die von den Gegnern uns auferlegten unmenschlich harten Bedingungen uns in eine furchtbare Katastrophe hineinzustürzen drohen, gibt es bei uns im Lande Leute, die zwar den deutschen Namen tragen, jedoch an dem Untergang Deutschlands arbeiten. Schande über sie! Wenn kein Einhalt geboten wird, kommen wir in eine Lage hinein, welche unser Ruin sein wird.

Es ist zwar jetzt nicht gut möglich, eine klare Beurteilung der Lage zu gewinnen. Die Ereignisse überstürzen sich, und es ist möglich, daß das, was heute geschrieben wird, nach einigen Tagen bereits überholt ist. Manche Vorkommnisse der letzten Zeit lassen aber für die Zukunft schlimmes befürchten. Unsere Fände erklären klar und bestimmt, daß sie nur mit einem Deutschland Frieden schließen wollen, welches eine festgefügte, vom ganzen Volke getragene Regierung hat. Von der gegenwärtigen Herrschaft wollen unsere Feinde nichts wissen. Man braucht nur daran zu erinnern, daß der englische Admiral Beatty, anlässlich der Anfragen des deutschen Vertreters der Marine einfach erklärte, mit Vertretern der Arbeiter- und Soldatenräte verhandelt er nicht. Die Franzosen machen in dem von ihnen besetzten Gebiet einfach kurzen Prozeß mit den Arbeiter- und Soldatenräten. Sie wollen von diesen nichts wissen. Amerika knüpft an die Versorgung des deutschen Volkes mit Lebensmitteln die Bedingung, daß die öffentliche Ordnung aufrecht erhalten wird und hat ferner darauf hingewiesen, daß Deutschland die Gewähr für eine freiheitliche Verfassung abgeben müsse.

Die Mehrheit des deutschen Volkes setzte seine Hoffnung darauf, daß der gegenwärtige Zustand einseitiger Herrschaft nur von kurzer Dauer sein würde und eine auf schnellstem Wege einberufene Nationalversammlung eine von allen Volksschichten getragene Regierung bilden und die Staatsform endgültig festlegen würde. Zu dieser Auffassung berechnete die bestimmt gehaltene Erklärung von Seiten der Mehrheitssozialisten, daß die Nationalversammlung recht bald einberufen werden sollte. Die Termine wurden bereits genannt. Die Mehrheitssozialisten, unter Führung von Scheidemann und Ebert, sehen angesichts der furchtbaren Gefahr, in welcher wir schweben, die Notwendigkeit einer recht baldigen Einberufung der Nationalversammlung wohl ein. Sie sind aber anscheinend nicht mehr Herr der Situation und lassen sich von dem radikalen Teil der Unabhängigen und der Spartakusgruppe unter Führung von Liebknecht vom Strom mitreißen. Die Spartakus- und die ganz Radikalen wollen keine Nationalversammlung; sie wollen einseitige Klassenherrschaft des Proletariats, bezw. die Diktatur einer Minderheit über das ganze deutsche Volk. In der Versammlung der Arbeiter- und Soldatenräte am 19. November in Berlin erklärte der Bevollmächtigte Müller u. a. „Der Weg zur Konstituante wird nur über meine Leiche führen.“ Liebknecht und andere reizen unermüdlich zum rücksichtslosen Kampf gegen alles auf, was nicht zum heutigen Regiment schwört und man schwärmt von der Weltrevolution. In Preußen macht der zum Kultusminister ernannte und als glühender Hasser des Christentums bekannte Adolf Hoffmann von sich reden, indem (nach Zeitungsmeldungen) auf dem Wege des Dekrets die Trennung von Kirche und Staat

durchgeführt werden soll. Alle diese Dinge haben in letzter Zeit eine Stimmung im Lande geschaffen, die unbeschreiblich ist. Millionen fühlen sich einseitig beherrscht, in ihrer Freiheit bedroht und in ihren tief innersten Gefühlen verletzt.

Die Aussichten, welche sich uns eröffnen, wenn die Spartakusse und die ganz radikalen Elemente das gefährliche Spiel weiter treiben und kein Einhalt geboten wird, sind furchtbar. Die Verschiebung der Nationalratswahlen bedeutet die Verzögerung des Friedens. Wir erinnern nochmals daran, daß die Gegner nicht mit einem Zentralrat der A. und S. Räte, der ja auch gar keine Volksvertretung ist, verhandeln, bezw. einen Frieden schließen werden. Wird der Streit und die Uneinigkeit im Lande, wofür die Verantwortung allein auf diejenigen fällt, welche eine einseitige Diktatur aufrichten wollen, größer, dann müssen wir damit rechnen, daß uns die Gegner ins Land kommen und Ruhe und Ordnung schaffen. Was für ein Friede unter solchen Verhältnissen uns blühen würde, ist gar nicht auszudenken. Hinzu kommen Hungersnot, Revolten und Bürgerkrieg im Lande. Unsägliches Elend würde heraufbeschworen und Deutschland zu einem Trümmerhaufen gemacht. Die Ententemächte befinden sich mit dem bolschewistischen Rußland im Kriegszustande. Sie erkennen eine Bolschewistenregierung nicht an. Bekommen wir in Deutschland die Herrschaft des Bolschewismus, dann bedeutet das erneuten Krieg mit unseren Gegnern. Das sind furchtbare Aussichten, die sich uns da eröffnen.

Ob die unverantwortlichen Treiber, die Spartakusleute und deren Anhänger, blind sind, gegenüber diesen Gefahren? Auf jeden Fall ist ihr Gebaren unverantwortlich. Ihre Agitation ist in ihren Folgen verbrecherisch und wird in großem Umfange betrieben. Mit tausenden von Flugblättern werden die ankommenden und durchreisenden Soldaten überschüttet. Die Gefahr, daß die Giftsaat aufgehen wird, ist bei den Truppen, welche mit den politischen Verhältnissen infolge der langen Abwesenheit von der Heimat nicht mehr vertraut sind und manche Ungerechtigkeit erduldet haben, nicht gering. Die Illusion, daß das Proletariat der ganzen Welt sich erheben und die Herrschaft des Bolschewismus aufrichten wird, kehrt in der Agitation der Spartakusleute immer wieder. Törichter Traum! So töricht ist die Arbeiterschaft in den anderen Ländern nicht. Kleine Gruppen, die solche Ideen dort vertreten, kommen gar nicht zur Geltung.

Bei uns im Lande zeigt sich zurechnende Abneigung und Beurteilung der Diktatur von Berlin. Die Gefahr, daß sich größere Landesteile separieren und vom Körper des Reiches losrennen, ist groß. „Wir wollen von der Berliner Diktatur los“, so kann man es in vielen Provinzen, besonders in Rheinland und Westfalen hören.

Haben wir denn keine Aussicht, daß die Vernunft und die gesunde Demokratie siegen? Müssen wir die Hoffnung aufgeben, daß die mehr auf dem Boden der Wirklichkeit stehenden Mehrheitssozialisten und diejenigen, welche den gefunden Fortschritt und frei in einem freien Staate leben wollen, die Sache aus der Hand geben müssen? Wir wollen es nicht hoffen. Die Proteste im Lande mehren sich, und auch viele Arbeiter- und Soldatenräte haben bereits gegen eine einseitige Diktatur Stellung genommen und die baldige Einberufung der Nationalversammlung verlangt. Eine geschlossene Phalanx gegen den Bolschewismus ist

Deutschland ist die dringendste Notwendigkeit. Es steht zu viel auf dem Spiele. Das Treiben der Spartakusleute treibt uns dem Abgrund zu. „Sie wissen nicht, was sie tun!“

## Der Wiederaufbau.

Bei einer Betrachtung über den Wiederaufbau unseres Wirtschaftslebens muß zunächst vorausgeschickt werden, daß die Lösung dieser Frage zum allergrößten Teil abhängig ist von der recht baldigen Wiederkehr geordneter Zustände im Innern des Landes und von dem Frieden, der uns von den Gegnern auferlegt wird. Doch hierüber wollen wir hier jetzt keine weiteren Betrachtungen anstellen, sondern wollen nur kurz feststellen, was jetzt ist und in der Hauptsache im Wirtschaftslieben des Wiederaufbaues bedarf.

Die Verhältnisse, die wir jetzt nach Beendigung des Krieges antreffen, sind in vielen Teilen geradezu trostlos zu nennen. Unsere Wirtschaft ist größtenteils zerrüttet. Die Handelsbeziehungen, welche uns mit den Ländern der Welt verbanden, sind zerrissen. Wir haben empfindlichen Mangel an Nahrungsmitteln; es fehlt ferner an Kleidung und sonstigen wichtigen Gegenständen des täglichen Bedarfs. Rohstoffe, die uns die Beschäftigung ermöglichen, sind ebenfalls verhältnismäßig wenig vorhanden, und als weiteres Uebel kommt hinzu, daß uns die Transportmittel fehlen, um Rohstoffe hereinzuschaffen. Wir leiden sodann an Geldentwertung durch die Herausgabe einer Unmenge von Papiergeld. In Verbindung damit hat der Mangel an Ware zu enormen Preissteigerungen geführt.

Nun gilt es, aus diesem Wirtschaftsleiden herauszukommen. Es ist das nur möglich durch die Zusammenarbeit aller Kräfte, die den ehrlichen Willen zur Mitarbeit in sich fühlen. Schwer genug wird der Wiederaufbau werden, und die geschilderten Verhältnisse bringen uns wirtschaftlich vorerst in eine gewisse Abhängigkeit von den wirtschaftlich stärkeren ausländischen Staaten. Soweit die Gewerkschaften in Frage kommen, erhalten dieselben jetzt eine Bedeutung und erwachsen ihnen Aufgaben, wie es noch nie zuvor der Fall war. Bei der Umgestaltung der Kriegs- zur Friedenswirtschaft ist die Mitarbeit der Gewerkschaften gar nicht zu unterschätzen. Die Gewerkschaften sind die wirtschaftliche Vertretung der Arbeiterschaft. Arbeitsbeschaffung, Arbeitszeit, ausreichende Löhne, Erwerbslosenunterstützung, kurz: all die wirtschaftlichen Fragen, welche jetzt im Vordergrund der Erörterung stehen, können nicht gelöst werden, wenn die Gewerkschaften nicht ihre Mithilfe und ihren auf Grund von praktischen Erfahrungen gestützten Rat zur Verfügung stellen. Die Gewerkschaften können aber die ihnen zufallenden großen Aufgaben nur dann lösen, wenn alle mitarbeiten und unsere Reihen gestärkt werden. Je stärker wir sind, umso erfolgreicher können wir wirken. Darum gilt es jetzt, unsere Reihen zu stärken. Seid bearbeit für den Verband! Das muß die Lösung aller Verbandsmitglieder sein. Große Aufgaben sind zu lösen. Die Lösung ist angefangen der zerrütteten Verhältnisse und trüben Zukunftsaussichten schwer. Den Gewerkschaften fällt jetzt eine ungemein hohe Kulturmission zu. Darum nochmals: Jeder Textilarbeiter, jede Textilarbeiterin gehört in die Berufsorganisation. Verbandsmitglieder, seid auf dem Posten und holt die Unorganisierten heran!

## Allgemeine Rundschau.

### Spartakusgruppe und Liebknecht.

Der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Bensch schrieb in der Glocke in einer Betrachtung über die Revolution u. a. folgendes:

„In den großen Augenblick ihrer Geschichte tritt die deutsche Sozialdemokratie mit gebrochener Front ein. Die Gruppen des Spartakus und Teile der Unabhängigen haben

ohne Zweifel unter den augenblicklichen Besitzern der Maschinen- gewehre, zwar wenigstens in Berlin, eine viel größere Anhänger- schaft als im bürgerlichen Leben. Ihr Programm ist kurz gefaßt: Erst die „Vergesellschaftung“ der Produktionsmittel, dann die Demokratie, das heißt in praxi: Erst eine zeitlich nicht begrenzte Diktatur des Proletariats und dann eventuell die Nationalversammlung, während für die deutsche Sozial- demokratie kein Zweifel sein kann, daß sie mit Gruppen, die derartiges auf ihrem Programm haben, unmöglich zusammen- arbeiten kann. Denn ein solches Programm läuft auf Terror und den reinen Bolschewismus hinaus. Unser Ernährungs- system hängt an einem seidenen Faden und kann ernsthafteste Störungen im Verkehr unmöglich ertragen. Die von Spartakus und Liebknecht „gemeinte“ Vergesellschaftung der Produktions- mittel dürfte aber solcher Störungen die schwere Menge in sich bergen, ganz abgesehen davon, daß es sich hier um die Ziele eines unpraktischen Doktrinärs handelt, der, wie sich Liebknecht selber sehr wohl bewußt ist, vom Wirtschaftsleben keine Ahnung hat. Und dann: Wie viele der „Produktions- mittel“ wird der Waffenstillstand in unserer Verfügung lassen? Hier redet auch der Feind ein Wortlein mit.“

### Spartakus-Demagogie.

Unter dieser Ueberschrift schreibt der „Vorwärts“ vom 21. November 1918 folgendes:

„Die „rote Fahne“, die jetzt mit den Unabhängigen soviel zu tun hat, daß wir „Rechtssozialisten“ dabei fast zu kurz kommen, wendet sich gegen die „Freiheit“, die den von den Gewerkschaften errungenen Achtstundentag als einen Sieg des Prinzips feiert. Der Achtstundentag ist für das tüchtige Blatt etwas längst Ueber- holtes, beinahe schon bürgerlich-reaktionäres, die richtige proletarische und prinzipiell-revolutionäre Forderung ist ihm der Sechs- stundentag.“

Auf diesem Gebiet öffnet sich dem Radikalismus ein unbe- grenztes Feld. Nun kann irgendein Ueberradikaler namens Pfem- fert oder sonstwie kommen und erklären: Liebknecht und Rosa Luxemburg sind elende Waschlappen, das Richtige ist nicht der Sechs-, sondern der Vierstundentag. Auf diesem Wege würde man dann dem Ideal des Nullstundentages rasch nahekommen.

Gegenüber solcher Demagogie muß ein ernstes Wort gesprochen werden. Natürlich ist es in einer Zeit der Arbeitslosigkeit möglich, daß die Schichten vorübergehend und notgedrungen auch noch unter den Achtstundentag herabgesetzt werden, um Entlassungen zu vermeiden und die vorhandenen Arbeits- und Entlohnungsmöglichkeiten auf recht viele zu verteilen. Aber es ist gewissenlos, den Arbeitern einen solchen Notzustand als ein erstrebenswertes Ziel hinzustellen. Wir sind durch den Krieg verarmt und können nur durch Arbeit wieder reicher werden, dazu muß jeder an seinem Platz das Seine beitragen. Sache der Gesetzgebung wird es sein, dafür zu sorgen, daß die Arbeitskraft nicht ausgebeutet wird und daß ihr der Lohn über- schüssiger Ertrag nicht kapitalistischen Geldsäcken, sondern der ar- beitenden Gesamtheit zugute kommt. Dann wird sich bei den wirk- lichen Arbeitern auch jene Arbeitsfreudigkeit einstellen, ohne die unser Volk einfach zugrunde gehen müßte. Ein Volk, das nicht arbeitet, kann auch sich und seinen Nachwuchs nicht ernähren. Die Schein Konkurrenz, die der Spartakusbund gegenüber den Sozial- demokraten und Unabhängigen in der Frage der Arbeitszeit treibt, appelliert nicht an proletarische, sondern an lumpenproletarische Instinkte, und ihr Erfolg wäre für die Arbeiterklasse rettungs- loser Kern.“

### Die Freiheit und gleiches Recht für Alle?

Der Vollzugsrat des Arbeiter- und Soldatenrats hat die freien Gewerkschaften damit beauftragt, Neuwahlen zu den Arbeiterausschüssen in Groß-Berlin vorzunehmen. Die Neu- wahlen sind dann auch von dem Ausschuß der Gewerkschafts- kommission für Berlin und Umgebung (freie Gewerkschaften) angeordnet worden.

Für den Vollzugsrat des Arbeiter- und Soldatenrats scheinen andere als freie Gewerkschaften nicht zu existieren. Wir protestieren gegen diese Einseitigkeit. Die „Freiheit und das gleiche Recht für Alle“ nehmen sich auf dem Papier ja sehr schön aus, aber die derzeitigen Machthaber scheinen weit davon entfernt zu sein, dieselbe in die Praxis umzusetzen.

### Ein bedeutender Zusammenschluß.

Vor kurzem haben sich der Gesamtverband der christl. Gewerkschaften, die Hirsch-Dunderschen Gewerksvereine, das Reichskartell der Staatsangestellten, der Allgemeine Eisenbahner-Verband, die Handlungsgehilfenverbände und der Deutsche Technikerverband zu einem Gewerkschaftsbund zusammengeschlossen. Der Bund umfaßt schon jetzt 1 1/4 Million Mitglieder und nennt sich **Deutsch demokratischer Gewerkschaftsbund**. Das vorläufige Aktionsprogramm sieht u. a. vor: Gleichheit aller hinsichtlich der staatsbürgerlichen Rechte; organische und planmäßige Sozialisierung unserer Wirtschaft unter Aufrechterhaltung der persönlichen Initiative und Tüchtigkeit sowie der Weltkonkurrenzfähigkeit; Mitwirkung der Gewerkschaften bei allen wirtschaftlichen Maßnahmen u. Folgender Aufruf wurde erlassen:

„Das deutsche Volk steht vor ungeheuren Aufgaben. 1. Das Reich droht auseinanderzufallen. Die Diktatur des Berliner A. S. R. als Reichsregierung wird im Lande als des deutschen Volkes unwürdig und unerträglich empfunden. Unsere süddeutschen Volksgenossen sind bereits daran, sich zu einer selbständigen Staatsgemeinschaft zusammenzuschließen. 2. Die Gefahr einer Hungersnot rückt immer näher. Unser Eisenbahnmateriale bedürfen wir für den schnellen Rücktransport der Truppen. Fast ein Fünftel unserer Güterwagen und Lokomotiven müssen wir unseren erbarmungslosen Feinden überlassen. Dann fehlen die Verkehrsmittel für eine geregelte Lebensmittelversorgung. Die Entente lehnt Lieferungen ab. Sie selbst will nicht eher Lebensmittel liefern, bevor in Deutschland feste staatliche Verhältnisse geschaffen sind. 3. Es droht Gefahr, daß unser Vaterland von feindlichen Truppen besetzt wird. Die Waffenstillstandsbedingungen sind zu brutal, um ausgeführt werden zu können. Die Feinde lauern darauf, bei uns Ordnung zu schaffen. Das bedeutet eine Schmach und die Verklabung für das deutsche Volk.“

Wir dürfen nicht ruhig zusehen, daß, wie in Rußland, alles zerstört wird. Wir müssen aufbauen. Jetzt gilt es einzutreten für 1. Herbeiführung eines baldigen Präliminarfriedens. Die für das deutsche Volk lebensnotwendige Gestaltung des Friedens ist mit Nachdruck herauszuarbeiten. Presse, Parteien und Organisationen, das ganze Volk, müssen sich zu dieser Arbeit vereinen. 2. Wiederbelebung und Sicherung unseres Wirtschaftslebens. Zu wirtschaftlichen Experimenten ist jetzt keine Zeit. Millionen heimkehrender Krieger ist Arbeit und Verdienstmöglichkeit zu schaffen. Den Kriegsbeschädigten muß Hilfe jeglicher Art zuteil werden. Die Landbevölkerung muß ihrerseits die Volksernährung aufrechterhalten. Unbefugte Eingriffe in das Verkehrswesen sind schärfstens zurückzuweisen. Politische Rechte allein helfen dem Volke nicht, wenn es nichts zu essen hat. 3. Schnellige Einberufung der Nationalversammlung.

Unsere Feinde erklären: Ohne Konstituante keinen Frieden und kein Brot! Ohne Nationalversammlung ist auch die Zusammenfassung des deutschen Volkes zu vereinter Kraft nicht möglich. Bei dem gegenwärtigen Wirrwarr gehen im Aus- und Inlande Milliardenwerte verloren, die in den nächsten Jahrzehnten vom deutschen Volke wieder erarbeitet werden müssen. Deutsche Arbeiter, Angestellte und Beamte, fordert Präliminarfrieden und Brot! Schließt euch an!

Deutsch-demokratischer Gewerkschaftsbund, Berlin SW 63, Kochstraße 9.“

## Aus unserer Bewegung.

### Verschmelzungsgedanken

tauchen hier und da auf. Vielfach sind es radikale Schreier, welche sagen, „was brauchen wir verschiedene Gewerkschaftsrichtungen, alles sollte Eins sein“. Auch die von den Gewerkschaften aller Richtungen während des Krieges geübte und sich bewährte Gemeinschaftsarbeit scheint in einigen Köpfen Verwirrung angerichtet zu haben. Bei denkenden Gewerkschaftsmitgliedern allerdings nicht. Besonders lebhaft traten kürzlich im Ruhrgebiet radikale Schreier auf, welche eine Verschmelzung der verschiedenen Bergarbeiterverbände forderten. Der Gewerksverein christlicher Bergarbeiter erließ aus diesem Grunde eine Veröffentlichung, in welcher er den Gehässen einer Verschmelzung entschieden von sich weist. In der Veröffentlichung heißt es u. a.:

„An eine Verschmelzung des Gewerksvereins christlicher Bergarbeiter mit dem alten Verband ist nicht zu denken. Die grund-

sätzliche Stellung der beiden Organisationen ist so verschieden, daß eine Verschmelzung allen einsichtigen Leuten in beiden Lagern unmöglich erscheint. Auch die Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften sowie die Polnische Berufsvereinigung sind gegen eine Verschmelzung. Würde man die Verbände trotz der Gegensätze in grundsätzlichen Fragen verschmelzen, so wäre an ein gedeihliches, friedliches Zusammenarbeiten in dem geschaffenen einheitlichen Verbände nicht zu denken. Die Verschmelzung hätte nicht eine Stärkung, sondern eine Schwächung der gewerkschaftlichen Organisation der Bergleute im Gefolge. Damit aber ist den Bergleuten nicht gedient. — — —“

Was der Hauptvorstand des Gewerksvereins christlicher Bergarbeiter hier hervorhebt, gilt auch für die anderen christlichen Gewerkschaftsverbände. Die christlichen Gewerkschaften haben ihre eigenen Grundsätze. Sie nehmen in den wichtigen Lebensfragen (Christentum, Staat, Familie) eine andere, grundsätzlich abweichende Stellung von der der freien Gewerkschaften ein. Daher sind alle Bestrebungen auf Verschmelzung müßiger und wirklichen Arbeiterinteressen schädigender Streit. Die grundsätzlich verschiedene Stellung der einzelnen Gewerkschaftsrichtungen schließt aber nicht aus, daß alle Verbände gemeinsam auf rein wirtschaftlichem Gebiete vorgehen und an der Verbesserung der Lage der Arbeiter vereint arbeiten. Letzteres ist sogar notwendig und hat sich besonders während der Kriegszeit bewährt. Die Gemeinschaftsarbeit führte auch zu einem größeren gegenseitigen Vertrauen, ohne daß dadurch die grundsätzliche Stellung der einzelnen Verbände berührt wurde.

### Verhandlungen

mit den einzelnen Arbeitgeberverbänden über die Wiedereinstellung der aus dem Heeresdienst Entlassenen, Verkürzung der Arbeitszeit, Löhne und sonstige Arbeitsbedingungen, sind jetzt überall im Gange. Bei den Verhandlungen werden zu meist die Vereinbarungen, welche zwischen den Hauptleitungen der Arbeitgeberverbände und den Gewerkschaften getroffen wurden, zu Grunde gelegt. Die Arbeitgeber zeigen Entgegenkommen, und es sind in den einzelnen Bezirken u. bereits größere Erfolge für die Arbeiter und Arbeiterinnen unserer Industrie erzielt worden. Es muß jetzt rastlos gearbeitet werden, um das Mögliche an Verbesserungen herauszuholen. Leider sind die Beschäftigungsaussichten in unserer Industrie für die allernächste Zeit nicht besonders günstig. Zunächst fehlen noch die Rohstoffe, besonders für etliche Branchen (z. B. Baumwolle). Hinzu kommt der Mangel an Transportmitteln, der auch auf die Belieferung der Industrie mit Kohlen sehr ungünstig einwirken wird. Diese Umstände, in Verbindung mit der Entlassung vieler Tertilarbeiter aus der Rüstungsindustrie bedingen, daß Arbeitslosigkeit, trotz aller nur möglichen Vorbeugungsmaßnahmen nicht zu verhindern sein wird. Da gilt es ebenfalls mit den Gemeinde- und Stadtverwaltungen zu verhandeln, damit die Uterstützungen ausreichend bemessen werden. Leisten wir auf all den Gebieten praktische Gewerkschaftsarbeit. Es wird dann auch der agitatorische Erfolg nicht ausbleiben.

### Vorstandskonferenz.

Eine gut besuchte Vorstandskonferenz des V. Verbandsbezirks fand am Sonntag, den 24. November in Coesfeld in W. statt. Dieselbe befaßte sich in der Hauptsache mit der gegenwärtigen Lage und der Neugestaltung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Nach den Vorträgen der Kollegen Otte und Hecke aus Bocholt und reger Aussprache wurde folgende Entschlußfassung einstimmig angenommen:

„Die heute, am 24. November 1918, in Coesfeld versammelten Vorstände des christlichen Tertilarbeiterverbandes aus dem westlichen Münsterlande wollen auf dem Boden der gegebenen Tatsachen mit allen Kräften und nach bestem Können daran mitarbeiten, daß unser schwer geprägtes Vaterland und darniederliegendes Wirtschaftsleben sich wieder aufwärts entwickelt. Im gegenwärtigen Augenblick ist die eintrachtige Zusammenarbeit aller Volksschichten eine dringende Notwen-

bigkeit, um den Zusammenbruch zu verhüten. Deshalb ist es auch entschieden zu verurteilen, wenn an verschiedenen Stellen die „Kontrollorgane“ der gegenwärtigen Regierung ganz einseitig vorgehen und andere Volkskreise von der Mitarbeit ausschließen. Mit Demokratie hat eine derartige Handlungsweise nichts gemein; sie ist vielmehr ein Mißbrauch der Macht, der an dem früheren Regierungssystem — nicht zum wenigsten vor diesen Freien — bekämpft wurde. Die persönliche Freiheit, sowie die Freiheit in der Betätigung der religiösen und staatsbürgerlichen Ueberzeugung muß auf das strengste hochgehalten werden und unangefastet bleiben. Ueber seine Zukunft und Verfassung muß das ganze deutsche Volk in freier Wahl entscheiden. Bestrebungen, die baldmöglichste Einberufung der Nationalversammlung zu verhindern, sind entschieden zu verurteilen und schlagen dem Grundgedanken wahrer Demokratie ins Gesicht.

Im übrigen begrüßen die versammelten Vorstände, daß mit manchen früheren Verhältnissen, insbesondere soweit die Anerkennung der Gewerkschaften und die Gleichberechtigung der Arbeiter in Betracht kommt, endlich gebrochen worden ist. Es gilt jetzt auf dem Boden gegenseitiger Anerkennung und Gleichberechtigung die Arbeitsbedingungen so zu gestalten, daß die Arbeiterchaft zu ihrem Rechte kommt und die schwierige Zeit überstehen kann. Die Verhandlungen hierüber müssen unzerzückt überall aufgenommen werden. Ebenso bedürfen die Fürsorgeeinrichtungen in den Gemeinden eines, den jetzigen Verhältnissen entsprechenden Ausbaues. In den zu bildenden Demobilisierungsausschüssen müssen die organisierten Arbeiter entsprechend vertreten sein. Des weiteren gilt es jetzt, den letzten Mann der gewerkschaftlichen Organisation zuzuführen. Was heute nicht organisiert ist, hat keinen Einfluß auf die Gestaltung der Dinge und zählt nicht mehr mit. Die Versammelten werden daher alles daran setzen, den christlichen Textilarbeiterverband zu stärken.“

**Sozial.**

**Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung.**

Auf eine Eingabe der Textilarbeiterverbände um Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung hat die hiesige Stadtverwaltung Entgegenkommen gezeigt. Mit Wirkung ab 25. November wurden folgende wöchentlichen Unterstützungssätze festgesetzt:

- für Erwerbslose über 21 Jahre: a) männliche 30 M.  
b) weibliche 25 M.
- für Erwerbslose von 16 bis 21 Jahren: a) männliche 25 M.  
b) weibliche 20 M.
- für Erwerbslose unter 16 Jahren: 15 M.

Die vorgenannten Sätze erhöhen sich um 5 M. für eine Ehefrau und um 2.50 M. für jedes Kind unter 14 Jahren.

Vorgenannte Sätze werden bei gänzlicher Erwerbslosigkeit voll und bei teilweiser Erwerbslosigkeit soweit bewilligt, als der Verdienst unter den Sätzen bleibt.

**Berichte aus den Ortsgruppen.**

**Greiz.** Am Sonnabend, den 16. November, fand im Volkshaus eine sehr gut besuchte Versammlung statt, in welcher Kollege Ködel über die gegenwärtige Lage und unsere Zukunftsaufgaben sprach. Er forderte zum Schluß alle Anwesenden zur regen Mitarbeit auf. Die großen und wichtigen Aufgaben, welche die kommende Zeit uns bringt, verlangten von allen die Hergabe ihrer ganzen Kraft im Dienste unserer guten Sache. Der warmherzige Appell des Kollegen Ködel hatte Erfolg, und es meldeten sich eine Anzahl Kollegen zur besonderen Mitarbeit.

**Briefkasten.**

**J. S. Spartakus** war ein Anführer des Stabes des Aufstandes gegen die Römer aus den Jahren 73-71 vor Christus. Nach un-

fänglichen Erfolgen wurde er, infolge der Disziplinlosigkeit seiner Truppen, die zu Meuterei und Plündererei führte, besiegt und erlitt selbst den Tod dabei.

**Ehren-Tafel.**

Josef Bizen-Lobberich, Willy Scholz-Forst i. L. Alfred Schuster-Forst i. L. Otto Kalz-Forst i. L. Michael Friedrichs-Lobberich, Heinrich Heber-Schiefbahn, Alois Overtämping-Bocholt, Johann Ruds-Euskirchen, Ludwig Müller-Friedberg, Inhaber des Eisernen Kreuzes und des Verdienstkreuzes II. Klasse mit Schwertern, Heinrich Hiltbrand-Sassenberg, Franz Kleemann-Sassenberg, August Heibrod-Jöllenberg, Paul Bonnemann-Barmen, Richard Köster-Brennburg, Bielefeld, Hubert Gory-Breyell, Wilhelm Schmitz-Werden, Friedrich Lambert-Lambrecht, Josef Buschlinger-Lambrecht, Peter Wilhelm Bernards-Grefrath, Heinrich Sprengers-M-Gladbach-Bettrath, Gottlieb Husemann-Jöllenberg, Heinrich van de Winkel-Lobberich, Konrad Köpfer-Schnau, Gotfried Granderath-Giefentirchen, Hermann Hülls-Bocholt.

Wir wollen ihr Andenken in Ehren halten!

**Sterbe-Tafel.**

Anton Klaffen-Düren, Theresia Bär-Unterlauchringen, Frau Emilie Schuffenegger-Hagen-Mitteln, Elisabeth Fietzen-Anrath, Hermann Baken-M-Gladbach-Barrig, Johanna Helling-Jöllenberg, Peter Hüllsenbusch-M-Gladbach-Eiden, Wilhelm Sips-Sachteln, Martha Bauersch-Bocholt, Wilhelm Grignard-Eupen, Frau Wilh. Grignard-Eupen, Robert Beiten-Hinsbed, Wilh. Schmitter-Vierßen, Frau Peter Holz-Schiefbahn, Franz Josef Adang-Baals, Peter Hahnenstadt-Wassenberg, Johann Mertens-Neersen, Theodor Klaffen-Hülls, Friedrich Hülls-Lobberich, Auguste Fakhender-Lobberich, Frau Mipel Schauble-Murg, Matthias Lindackers-Grefrath, Wilhelmine Köhler-Greiz, Frieda Böckhaus-Jöllenberg, Johanna Wallenhorst-Jöllenberg, Theodor Janderfurth-Hinsbed, Hermann Kölsch-Blombacherbach, Carl Hettwer-Kennardt D. Schl. Anton Reggen-Breyell, Johann Mertens-M-Gladbach-Windberg, Hubert Bierz-Euskirchen, Heinrich Ohlerhoff-M-Gladbach, Frieda Kreiner-Hagen-Mitteln, Maria Anna Lauinger-Dufenbach, Fritz Böving-Eberfeld, Jakob Lenten-Krefeld.

Ehre ihrem Andenken!

**Versammlungskalender.**

**Greiz.** 7. Dezember, 8 Uhr, im Lokale Volkshaus, Jdastraße.

**Kollegen und Kolleginnen besucht die Versammlungen!**

Guter Versammlungsbesuch ist der beste Gradmesser für reges gewerkschaftliches Leben. Bringt Unorganisierte zur Versammlung mit und agitiert unablässig für den Verband.

**Inhaltsverzeichnis.**

**Artikel:** Sie wissen nicht, was sie tun! — Der Wiederaufbau. **Allgemeine Rundschau:** Spartakusgruppe und Liebtnecht. — Spartakus-Demagogie. — Ist das Freiheit und gleiches Recht für Alle? — Ein bedeutamer Zusammenschluß. — Aus unserer Bewegung: Verschmelzungsgedanken. — Verhandlungen. — Vorstandskonferenz. — Bocholt. — Berichte aus den Ortsgruppen: Greiz. — Briefkasten. — Ehren- und Sterbetafel. — Versammlungskalender.

Verantwortlich für die Schriftleitung: Bernhard Otte, Bielefeld, Konradstraße Nr. 7.